

Vortrag von Prof. Dr. Hanne-Margret Birckenbach
am 1. März 2018 im Evangelischen Gemeindehaus in Oldenburg-Ohmstede
in der Vortragsreihe zum Friedensethischen Konsultationsprozess
in der Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg

Den Blick verändern: Friedenslogik statt Sicherheitslogik

Sicherheitslogik und Friedenslogik bezeichnen zwei unterschiedliche Weisen, die Probleme und Konflikte dieser Welt zu betrachten und sich ihnen zu stellen. In einem Fall orientiert man sich am Leitbild „Sicherheit“, im anderen Fall am Leitbild „Frieden“.

1. Warum Friedenslogik „statt“ Sicherheitslogik?

In der Ankündigung zu diesem Vortrag heißt es: „Viele Menschen haben das Gefühl, in einem zunehmend unsicheren Umfeld zu leben. Rufe nach Zäunen und Abschottung, nach Aufrüstung der Bundeswehr werden lauter.“ Woher sollten die Menschen auch auf andere Ideen kommen? Es ist doch ein Merkmal von Politik geworden, eine Vielzahl von Sachthemen als sicherheitspolitische Herausforderungen zu diskutieren, dringlich zu machen und dabei das Gefühle von Unsicherheit und Lebensangst zu bedienen. Es betrifft ein Potpourri aus unterschiedlichen Themen wie Bürgerkrieg, Flucht, Klimawandel, Wirtschaft und Handel, aber auch die mangelhafte Aufrüstung auf der eigenen und das Zuviel an Aufrüstung auf der anderen Seite. Es betrifft also auch alle Probleme, die in dieser Vortragsreihe behandelt werden.

Wenn diese Probleme als sicherheitspolitische Themen verhandelt werden, so hat das Folgen:

Erstens: Im Vordergrund stehen dann nicht das Leiden, das Menschen einander durch Krieg, Vertreibung und Zerstörung der Lebensgrundlagen zufügen und die Wege, hier Abhilfe zu schaffen. Vielmehr dreht sich alles um die eigene Angst davor, die Verteidigung des eigenen Territoriums, des eigenen politischen Systems, der eigenen Interessen, der eigenen Werten könnte misslingen. Das Prinzip der Gefahrenabwehr bestimmt folglich Fühlen, Denken und Handeln.

Zweitens: Angenommen wird, die Bedrohung entstehe außen, in fremden Ländern unter fremden Herrschern, etwa durch Putin oder Assad; durch die Ausbreitung des Islam, durch Demokratie- und Entwicklungsdefizite, die zu Fluchtursachen werden, und durch den Klimawandel im Himmel. Wenn man diese Annahme teilt, werden Distanzierung und Abgrenzung vom vermeintlich Bösen handlungsleitend. Die Vorstellungen vom Bösen gewinnen Macht über diejenigen, die sich auf der Seite des Guten wissen.

Drittens: Die Mittel der Abwehr sind eskalationsoffen. Militärische Aktionen gelten als „letztes Mittel“. In ihre Vorbereitung fließt allerdings vorab der Löwenanteil der Ressourcen. Denn im sicherheitslogischen Denken überlebt ein eigentümlicher Mythos von der Wirkungsmacht von Gewehren, Bomben und Drohnen.

Viertens: In der Folge verändert sich auch die ethische Haltung. Im Interesse der Sicherheit ist die andauernde eigene Vorbereitung auf die Fähigkeit, einen eigentlich geächzten Krieg führen zu können, erforderlich. Und im Interventionskrieg für die gute Sache

ist dann sogar Töten erlaubt. Weil es der eigenen Sicherheit dienen soll, wird es zum guten oder zumindest legitimen Handeln.

Fünftens: Wenn die Abwehr der Bedrohung nicht erreicht wird, greift sicherheitslogische Politik zur Verstärkung. Sie rüstet weiter auf, materiell und kulturell. Der Rüstungs-
etat steigt und die Bedrohung wird nun intensiver erlebt. Selbst schlimme Erfahrungen des Scheiterns führen nicht zu Lernprozessen. Der Krieg in Afghanistan dauert nun etwa vierzig Jahre. Deutschland beteiligt sich daran seit 17 Jahren und sieht sich durch den Lauf der Dinge zur Fortsetzung gezwungen. Wo die Schwelle zur Kriegführung überschritten ist, sind Lernprozesse blockiert.

Unabhängig davon, ob man Militärinterventionen für stabilisierend, gerechtfertigt oder gar notwendig erachtet: Frieden erwächst aus ihnen nicht. Vor dem Hintergrund solcher Erfahrungen mit der Eigendynamik von Militärinterventionen ist unter den friedens-, menschenrechts- und entwicklungspolitischen Fachorganisationen aus Wissenschaft und Praxis die Forderung nach einer Alternative entstanden, die vom „Leitbild Sicherheit“ Abstand nimmt und sich am „Leitbild Frieden“ orientiert. Vorgeschlagen wird, die diversen Politikfelder nicht als sicherheitspolitische, sondern als friedenspolitische Herausforderungen zu verstehen. Das heißt, sie in einem anderen, nämlich friedenslogischen Rahmen zu verstehen.

Diese Diskussion ist von einigen Landeskirchen sehr aufmerksam verfolgt und für die eigene Arbeit aufgegriffen worden. Es ergeben sich daraus neue Anfragen und Anregungen an die Friedens- und Konfliktforschung, die eine Weiterentwicklung ermöglichen. Ich möchte mich daher an dieser Stelle für die große Resonanz und die vielen Nachfragen bedanken. Zugleich möchte ich zusammenfassen, wie sich für mich die Kontroversen in der kirchlichen Diskussion darstellen. Wenn ich es richtig verstanden habe, bestreitet heute niemand in der innerkirchlichen Debatte, dass die christliche Friedensbotschaft zu gewaltfreiem Handeln ermahnt, und dass diese Botschaft sich an alle richtet, und das heißt auch an diejenigen, die den Einsatz von militärischer Gewalt und die Vorbereitung auf ihn nicht ausschließen wollen. Strittig ist allerdings, ob die Tolerierung militärischer Gewalt aus der Sicht christlicher Friedensethik legitim ist. Dietrich Becker-Hinrichs hat vor zwei Wochen im Rahmen dieser Vortragsreihe [grundsätzliche Einwände vorgetragen](#). Auch hat er auf die Notwendigkeit einer gewaltfreien Politik hingewiesen, die den biblischen bzw. theologischen Angeboten und den heutigen Möglichkeiten zur zivilen Konfliktbearbeitung entspricht.

Interessant ist nun, dass auch diejenigen, die militärische Gewalt als letztes Mittel nicht ausschließen, häufig durchaus für den Ausbau dieser zivilen Mittel eintreten – allerdings nicht als Alternative, sondern als Ergänzung zu den militärischen Mitteln. Dies entspricht dem so genannten „vernetzten Ansatz“ von Sicherheitspolitik, wie sie im Rahmen der deutschen, europäischen und NATO-Politik vertreten wird. Aus dieser Sicht, kann und darf man nicht darauf verzichten, militärische Mittel für den Ausnahmefall bereit zu halten. Im Rahmen sicherheitslogischen Denkens ist die Auffassung nachvollziehbar, dass auf militärische Gewalt nicht verzichtet werden darf – und zwar auch dann nicht, wenn man militärische Gewalt weder einsetzen will noch kann, was ja in den meisten internationalen Konflikten der Fall ist. Diese Auffassung kollidiert allerdings mit der Friedensethik der Bergpredigt. Im Rahmen sicherheitslogischen Denkens ist dieser Widerspruch nicht auflösbar.

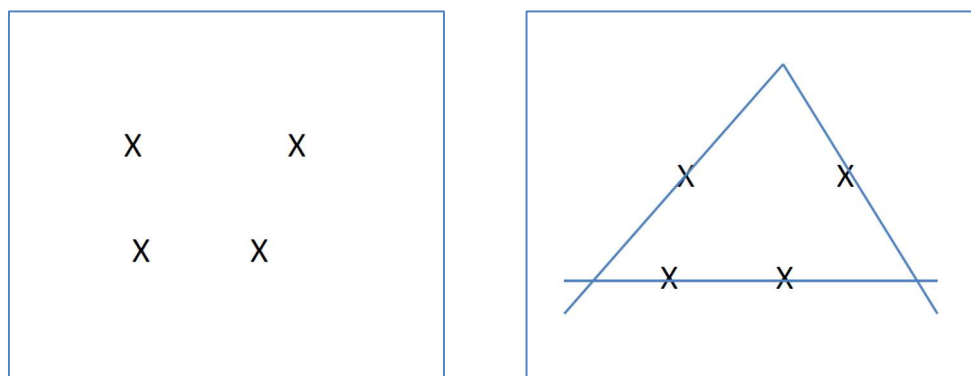
Aus der Sicht der christlichen Friedensbotschaft ist die klare Absage an militärische Gewalt zugunsten ziviler Konfliktbearbeitung jedoch gar kein Verzicht, sondern vielmehr eine Befreiung und zugleich eine Erfolgsbedingung für den Versuch zur Friedensstiftung.

Wenn man diesen Weg ernsthaft und verantwortungsvoll gehen will, dann reicht es nicht, die Mittel der Politik um solche der zivilen Konfliktbearbeitung zu verfeinern und zivile gegen militärische Mittel auszutauschen. Sondern es wird erforderlich, den sicherheitslogischen Blick zu verändern und friedenslogisch umzudenken. Ein solches Umdenken eröffnet dann neue Wege in der politischen Praxis.

2. Was heißt „den Blick verändern“?

„Umdenken“ findet häufiger statt als wir uns dessen bewusst sind. Sehr lange galten zum Beispiel Schläge in der Erziehung von Kindern als unverzichtbar. Dies konnte sich erst dann ändern, als man ein anderes Verständnis von Erziehung entwickelte, in dem in dem ursprünglichen Zögling ein vollwertiger Mensch in Gestalt eines Kindes erkannt wurde.

Manche erinnern sich vielleicht an die Denksportaufgabe, in der verlangt wird, vier Punkte mit drei geraden Linien zu verbinden. Anfänger brauchen meist vier Linien. Nur wenige finden die Lösung auf Anhieb. Man muss die Koordinaten, den Rahmen, in dem eine Lösung vorstellbar wird, verändern, bevor man die Lösung findet. Statt in der Figur eines Rechteckes zu denken, kommt man mit einem Dreieck schnell voran – unter der Voraussetzung, dass man den Horizont ein wenig ausweitet. Umdenken kann also Freude machen.



Aber nicht immer wird die Veränderung des Blickwinkels als Befreiung erlebt. Sehr häufig ist sie mit Angst verbunden. Die Veränderung kann in Frage stellen, was Menschen bisher Halt gegeben hat. Ein besonders eindrucksvolles Beispiel ist die Veränderung von Weltbildern. Als die Astronomie beweisen konnte, dass die Erde nicht das Zentrum ist und es gar kein Zentrum im All gibt, lösten diese Erkenntnisse ungeheure Angst aus.“ Sie wurde zu einer Ressource für heute unvorstellbare Grausamkeiten. Es waren sehr vielfältige Anstrengungen in Kunst, Philosophie, Theologie und Bildung notwendig, damit Menschen diese Erkenntnis überhaupt aushalten konnten. Auch am Kampf gegen Prügelstrafe oder gar gegen Todesstrafe und Folter lässt sich zeigen, wie die Anforderung „umzudenken“ Angst auslösen und wie tief sie in die Alltagspraxis eingreifen kann. Wir kennen das also. Es gibt keinen Grund anzunehmen, dass der Wechsel von einer sicherheitslogischen zu einer friedenslogischen Betrachtungsweise weltpolitischer Probleme nicht auch Angst auslösen kann, die diejenigen, die bereits friedenslogisch arbeiten, kaum noch verstehen.

Der Friedensbeauftragte des Rates der EKD, Renke Brahm, hat das Friedensthema als das Kernthema der Kirche bezeichnet, das sowohl die Gemeinden, die Landeskirchen, die EKD und auch die Ökumene verbindet. Zum Glück ist die Kirche mit dem Friedensthema nicht allein. Das Grundgesetz verpflichtet alle Deutschen, dem Frieden in der Welt

zu dienen. Alle Mitgliedsstaaten der UNO sind über die Charta der Vereinten Nationen zum Frieden verpflichtet. Die meisten Religionen kennen ebenfalls ein Friedensgebot. Fast überall ist dieser Gruß, Wunsch, Segen „Friede sei mit Dir“ geläufig. Was meinen Juden, Christen und Muslime, wenn sie diesen Segenswunsch einander zurufen? Vielleicht wäre es eine gute Übung für den Austausch in den Gemeinden, einander zu fragen: Was meinst Du damit? Was könnte noch gemeint sein? Was macht es mit uns, wenn wir unsere Vorstellungen von Frieden für die von anderen öffnen?

Vermutlich würde sich herausstellen: Wir meinen damit je nach Ort und Zeit und Kontext Unterschiedliches. Für Menschen, die Krieg erlebt haben, ist Frieden die Abwesenheit von Krieg. Für manchen ist bereits die Aussage, Friede sei mehr als kein Krieg, eine Provokation. In der ökumenischen Vision des „Gerechten Friedens“ heißt dieses „Mehr“ Gerechtigkeit. Die Ökumenische Bewegung stand also schon einmal vor der Herausforderung, Frieden anders und neu zu denken, als es in der europäischen Tradition üblich war. Sie musste „umdenken“ und ihre Vorstellung von Frieden für das Bedürfnis nach Gerechtigkeit, Freiheit von Not und Bewahrung der Schöpfung öffnen.

Die Friedens- und Konfliktforschung stand in ihren Anfängen vor sechzig Jahren vor einer ähnlichen Herausforderung. Um sinnvoll über die Möglichkeiten und Bedingungen von Frieden forschen zu können, musste sie verstehen, was unter den zeitgenössischen Bedingungen mit der Möglichkeit einer Selbstzerstörung der Menschheit mit dem Begriff Frieden gemeint sein kann. Zum einen galt es zu bestimmen: Was heißt heute Frieden - was sind die Koordinaten eines veränderten, friedenslogischen Blicks? Zum anderen ging es darum, theoretisch und empirisch Prinzipien zu erkennen, an denen Politik und Gesellschaft sich orientieren können, wenn Frieden die Folge des Handelns sein soll! Diese Diskussion fasse ich im Folgenden zusammen.

3. Was heißt hier Friede?

Drei Koordinaten eines friedenslogischen Blicks

Einen Blick verändern heißt, sich von einigen Vorstellungen zu trennen und andere an ihre Stelle treten zu lassen.

Frieden bezeichnet Beziehungen zwischen Menschen.

Aufgegeben werden muss die Vorstellung, Frieden sei ein Zustand, den man unabhängig von allen anderen haben und genießen kann. „Es kann der Frömmste nicht in Frieden bleiben, wenn es dem bösen Nachbarn nicht gefällt.“ Diese Sentenz aus Schillers Wilhelm Tell wird in der Regel als Rechtfertigung für ein Handeln verwendet, das den eigenen moralischen Wertvorstellungen widerspricht. (Leider kann ich nicht anders als Gewalt anzuwenden – es liegt am Anderen). Heute kann man die Sentenz auch anders hören und etwas Neues damit verbinden. Wenn und weil man den Nachbarn für den Frieden braucht, muss man sich darum bemühen, dass der Frieden auch ihm gefällt. Damit beginnt man am ehesten, indem man die Zuschreibungen von „ich bin fromm“ und der andere ist es nicht, aufgibt.

Die erste Grundfrage in konkreten Situationen ist daher immer: Was macht mein Handeln mit den Beziehungen. Verschlechtert es die Beziehungen (zwischen den Frommen und den Unfrommen) oder bringt es die Beziehungen in „positive Schwingungen“?

Frieden bezeichnet Beziehungen, die Konflikte aushalten.

Aufgegeben werden muss die Vorstellung, Frieden sei identisch mit Harmonie. Friedliche Beziehungen brauchen Konflikte, Konflikte brauchen friedliche Beziehungen. In Gesellschaften, die sich modernisieren, sind Konflikte die Regel und nicht die Ausnahme. Das gilt für Beziehungen in der Familie, zwischen den Geschlechtern, innerhalb einer Gemeinde, im Geschäftsleben und auch auf internationaler Ebene. Es geht also nicht nur um gute Beziehungen, sondern um Beziehungen, die nicht zerbrechen, wenn Akteure in einen Konflikt geraten.

Die zweite Grundfrage in konkreten Situationen ist daher immer: Was macht das Handeln mit dem Konflikt? Verstärkt es die Tendenz zur Eskalation oder weist es in Richtung Deeskalation mit der Perspektive auf Klärung und Problemlösung?

Frieden hat psychosoziale, gesellschaftliche und politischen Voraussetzungen.

Aufgegeben werden muss die Idee, dass Frieden von einer externen Macht oder einem mächtigen Akteur hergestellt werden kann. Lange Zeit dachte man: Krieg sei von Menschen gemacht, Frieden kann nur von Gott gegeben werden. Heute wissen wir, dass Friedenstiftung nur arbeitsteilig gelingen kann und dass konfliktbeständige Friedensbeziehungen an das Entstehen von Voraussetzungen gebunden sind. Zu diesen gehören die Absage an Gewalt, die Anerkennung von Recht, die Fähigkeit, die Folgen des eigenen Handelns für andere zu bedenken, die Teilhabe aller Parteien an politischer Steuerung, die Wertschätzung sozialer Gerechtigkeit und die Ein- und Ausübung einer Kultur des Konfliktaustrags. Wie die Regulierung dieser Voraussetzungen in einzelnen Gesellschaften und Staaten konkret aussieht, ist unterschiedlich. Eine Blaupause gibt es nicht.

Die dritte Grundfrage in konkreten Situationen ist daher: Was macht das Handeln mit den gesellschaftspolitischen Voraussetzungen von Frieden? Ist eine Verrohung von Sprache und Handeln damit verbunden? (Das ist der Fall bei jeder Art von Vorbereitung auf Gewalteinätze.) Gerät der soziale Ausgleich gegenüber nationalen Interessen in den Hintergrund? Wohin fließt der gesellschaftliche Reichtum? Was macht es mit kulturellen Institutionen, mit Bildung, mit Pressefreiheit?

Zusammengefasst: Wenn man um Friedensstiftung in einer sich modernisierenden Welt bemüht ist, dann geht es um Beziehungen, in denen auch im Konflikt direkte Gewalt keine Option ist. Gerechter Friede bedeutet, dass die Option „Gewalt“ auch im Kampf für die gerechteste Sache der Welt entfallen kann, weil die Voraussetzungen für eine konstruktive Konfliktaustragung gepflegt und gehegt wurden. Mein Leben und das aller anderen gewinnt in einem solchen Frieden an Sicherheit. Wenn ich mit meinem Nachbarn in Frieden leben will, muss ich Beziehungen zu ihm aufbauen, die sich im Konflikt bewähren, und Voraussetzungen für einen konstruktiven Konfliktaustrag schaffen. Notfalls sehen wir uns vor Gericht, niemals auf dem Schlachtfeld. Ich blicke mit seinen Augen auf mich, ich höre, was er sagen möchte. Und wir bleiben in Verbindung – auch wo und wenn wir getrennte Wege gehen.

4. Die fünf friedenslogischen Prinzipien

In der Friedens- und Konfliktforschung haben sich fünf Prinzipien herauskristallisiert, die beachtet werden müssen, wenn im konkreten Fall Friede im oben verstandenen Sinn die Folge des Handelns sein soll.

➤ **Gewaltprävention. Dieses Prinzip folgt aus der Antwort auf die Frage, was ist das Problem?**

Die friedenslogischen Prämissen sagen: Frieden ist nicht nur, aber immer auch die Abwesenheit von Gewalt in den Beziehungen, sei es in Form von Krieg, Unterdrückung, Ungerechtigkeit und Diskriminierung. Das mögliche Leiden, das aus Gewaltanwendung folgt, steht im Vordergrund. Man muss es frühzeitig wahrnehmen, um Not abwenden zu können. Es gilt das Prinzip der Gewaltprävention – und zwar unbedingt und bedingungslos, und je früher je erfolgreicher. Wer Gewaltprävention will, muss Gewaltpotentiale ernstnehmen, hinschauen, Kontakte verdichten und pflegen, vor Ort präsent sein, in der Lage sein, Informationen zu verstehen, und zwar nicht erst dann, wenn entsetzliche Bilder der Gewalt im Fernsehen gezeigt werden. Für erfolgreiche Friedenspolitik fehlt heute noch die Bereitschaft, die Dringlichkeit zu frühzeitigem Handeln anzuerkennen und den Anknüpfungspunkt für eigenes verantwortliches Handeln zu finden.

Wenn ich sehe, dass ein Vater ein Kind schlagen will, muss ich versuchen, diese Schläge zu verhindern – und zwar unabhängig davon, ob das Kind ungezogen war oder nicht. Wenn ich nicht will, dass Kinder geschlagen werden, muss ich jedoch nicht allein die Gesetze ändern, sondern Raum für Beziehungen zwischen Erwachsenen und Kindern schaffen, die es erlauben, sich über Gut und Böse, falsch und richtig auf andere Weise zu verständigen.

Wenn Staaten sich auf einen Kriegspfad begeben, müssen sich alle Anstrengungen darauf richten, eine Eskalation zu verhindern und zwar unabhängig davon, wie die Regime in Nordkorea, in Syrien, im Iran oder in Russland beurteilt werden. Statt eine Steigerung von Rüstungsausgaben in Erwägung zu ziehen, müssen Abrüstungsinitiativen entwickelt und die dafür erforderlichen Verhandlungsräume geschaffen werden.

Weitere Anknüpfungspunkte zur Gewaltprävention zeigen sich, wenn wir nach der Entstehung des Problems fragen.

➤ **Konflikttransformation: Dieses Prinzip folgt aus der Bestimmung der Zusammenhänge, aus denen die Gewalt entsteht.**

Die friedenslogische Prämisse sagt: Gewalt entsteht aus ungelösten oder nicht ausreichend regulierten, verhärteten Konfliktkonstellationen, in denen unterschiedliche Interessen aufeinanderprallen. Ich muss also etwas über diese Konflikte wissen. Das Besondere einer friedenslogischen Konfliktanalyse besteht darin, dass sie erkennen lässt, wofür es wem geht, und was die jeweiligen Konfliktparteien selbst beitragen können, um einen Prozess einzuleiten, in dem Konfrontation abnimmt. Auf die Verringerung von Konfrontation richtet sich das Prinzip der Konflikttransformation. Unter diesem Begriff versteht man eine Veränderung der Beziehungen zwischen den Konfliktbeteiligten, damit sie sich für Lösungen und Regelungen zum Interessenausgleich öffnen können.

Der Vater, der sein Kind schlagen will, mag besorgt sein, dass es eine kriminelle Karriere einschlägt, weil die Familie in einer Umgebung mit einem hohen Drogenkonsum wohnt.

Vielleicht wurde er selbst von seinem Vater in das Leben geprügelt und hat nie etwas Anderes kennengelernt. Vielleicht war er abgehängt von der gesellschaftlichen Entwicklung. Wir haben also nicht nur einen Konflikt zwischen Vater und Kind, sondern auch Konflikte in der Umgebung von beiden und eine Vorgeschichte der Gewalthandlung.

Es ist unwahrscheinlich, einen Akteur positiv beeinflussen zu können, solange dieser als Außenseiter oder gar Dämon betrachtet wird. Im friedenslogischen Denken ergeben Schuldzuweisungen keinen Sinn. Auch in außenpolitischen Konflikten, sei es in und um die Ukraine, Syrien oder den Iran steigen Chancen, verhärtete Konflikte mit der Bearbeitung der Eigenbeteiligung friedensstiftend zu beeinflussen. Wie gering die Eigenbeteiligung auch sein mag – sie bildet den vielleicht wichtigsten Ansatzpunkt für Veränderungen. Im Fall der Ukraine gehören dazu auf westlicher Seite sicherlich die Demütigung Russlands durch den Westen und die Ignoranz gegenüber russischen Interessen in seiner Nachbarschaft. Im Fall von Syrien gehört dazu die frühzeitige Parteinahme gegen Assad. Im Nahen Osten und anderswo gehört dazu das Geschäft mit Waffen, in Afrika zusätzlich die Aufrechterhaltung ungerechter Handelsbeziehungen.

In politischen Zusammenhängen ist eine solche Anerkennung der Mitverantwortung immer ein großer Schritt und von vielen innen- und bündnispolitischen Faktoren abhängig. Friedenspolitisch ausgerichtete zivile Konfliktbearbeitung ist daher niemals nur Außenpolitik, sie verlangt auch innenpolitisch eine glaubwürdige und überzeugende Arbeit. Im sicherheitslogischen Vorgehen reicht es, Angst zu schüren. Der friedenslogische Zusammenhang verlangt, die eigene Gesellschaft zu vielen Veränderungsschritten zu ermutigen und die Fähigkeit auszubilden, auch in komplexen Situationen die Orientierung am Friedensgebot nicht zu verlieren.

➤ **Dialogverträglichkeit: Dieses Prinzip ergibt sich aus der Frage, mit welchen Mitteln Deeskalation und Problembearbeitung gefördert werden können.**

Um zu wissen, ob ein Mittel geeignet ist, muss man prüfen, was sein Einsatz mit den Beziehungen der Konfliktparteien, der Konfliktentwicklung hinsichtlich Eskalation oder Deeskalation und mit den strukturellen Voraussetzungen für Frieden macht. Friedenslogik setzt auf die Mittel der zivilen Konfliktbearbeitung. Nach einigen Jahren Forschung wissen wir heute besser als vor 20 Jahren: Nicht alle zivilen Mittel sind zielführend. Das Prinzip zur Beurteilung der Mittel heißt „Dialogverträglichkeit“. Nur dialogverträgliche Mittel ermöglichen die dauerhafte Mitwirkung vieler Beteiligten am Entstehen produktiver Beziehungen trotz Konflikt. Zwangsmittel sind selten dialogverträglich. Das gilt auch für wirtschaftliche und politische Sanktionen. Sie vergrößern die Distanz zwischen Konfliktparteien, verringern Kreativität und die Bereitschaft zum offenen Austausch mit Wertschätzung, Respekt und Vertrauen als Folge. Die Aktionsformate unterscheiden sich auf den Konfliktebenen.

Ein Vater mag besorgt sein, seine Autorität zu verlieren, wenn er mit dem Kind auf Augenhöhe spricht, statt es ins Leben zu prügeln. Er wird sich überwinden müssen. Dabei braucht er vielleicht sehr viel anerkennenden Zuspruch aus seiner Umgebung, vielleicht auch Vorbilder und professionelle Unterstützung.

Auf internationaler Eben geht es meist um Verhandlungen und Vermittlung, um Begleitung, Beobachtung oder Tatsachenermittlung. Bei allen Unterschieden: Immer geht es um offene Formate, die durch das Nadelöhr Dialog führen. Dialog in Konfliktsituationen ist kein „Gequatsche“, sondern harte Arbeit und zumindest am Beginn alles andere als

ein Vergnügen. Dialog verlangt einen langen Atem, Mut und Techniken, um trotz Frustration in Verbindung zu bleiben und um es auszuhalten, dass in der Schwebelage bleibt, wer Recht hat. Nur dann kann Dialogarbeit Kraft entwickeln. Das alles ist auch eine Geduldsprobe. Wenn Friedensstiftung gelingen soll, dann kostet der Einsatz solcher Mittel auch richtig Geld.

➤ **Legitimierungsarbeit und Interessentwcklung. Dieses Prinzip folgt aus der Notwendigkeit, die eigene Praxis an universelle Normen anzupassen.**

Es gibt kein Land, keine Gesellschaft, in denen zwischen den universalen ethischen Normen und der eigenen Praxis nicht ein Graben besteht. Im sicherheitslogischen Denken stellt dieser Graben häufig den Grund für die Einschränkung der ethischen Normen entsprechend der eigenen Interessen dar. Das geschieht zum Beispiel, wenn das Asylrecht geändert wird, weil die gesellschaftliche Bereitschaft sinkt, Flüchtlinge aufzunehmen. Die Normen werden dann als idealistisch, realitätsfern und naiv abgewertet.

Kann man mit den universalen Normen, die zum Beispiel in der Bergpredigt formuliert sind, Politik machen? Viele Politiker haben die Frage verneint. In sicherheitslogischer Perspektive können sie nicht anders. Der ehemalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker konnte sich humane Politik nur mit der Bergpredigt vorstellen. Er argumentierte in einem anderen Rahmen, dem der „Weltinnenpolitik“. Aus friedenslogischer Sicht ist ebenfalls eine positive Antwort möglich. Allerdings sind sehr viele Zwischenschritte nötig, damit eine solche ethische Orientierung auch tatsächlich Frieden zur Folge haben kann.

Diese Zwischenschritte hat Johan Galtung als „Legitimierungsarbeit“ bezeichnet, ihr Kern besteht in der Entwicklung von Interessen. Eine Regierung muss die Interessen des Landes vertreten. Wie ist es aber möglich, solche nationalen Eigeninteressen in Übereinstimmung mit universalen ethischen Grundsätzen zu wahren? Es gehört zum Allgemeinwissen, dass diese Grundsätze in vielen Politikfeldern verletzt werden – angefangen von der volkswirtschaftlichen Wachstumspolitik über die nationale und europäische Flüchtlingspolitik bis hin zur Klimapolitik. Das friedenslogische Handlungsprinzip sagt nun: Man muss diese Interessen nicht aufgeben. Man muss sie aber orientiert an den allgemeinen Normen weiterentwickeln und mit den Interessen aller anderen Seiten kompatibel machen.

Sich auf einen solchen Weg der Interessenentwicklung zu begeben, ist keine moralische Überforderung. Auch das kennen wir aus dem Alltag. Wenn ein Mieter gerne Klavier spielt, ist das legitim, vielleicht sogar schön; wenn er das allerdings nachts macht, verstößt er damit wahrscheinlich gegen das Schlafbedürfnis aller anderen. Er tut gut daran, von Wohnung zu Wohnung zu gehen und zu erkunden, wann sein Spiel die anderen nicht stört, wann es ihnen vielleicht sogar Freude macht. Vielleicht geben die dann auch etwas Geld für zusätzliche Klavierstunden und bekommen später Freikarten für einen Konzertbesuch.

Als der Ost-West-Konflikt zu Ende ging, waren viele überrascht, wie relativ friedlich das geschehen konnte. Es war gelungen, die Eskalationsdynamik der atomaren Abschreckung zu bremsen, weil sich in der Praxis zwischen Ost und West Haltungen verbreitet hatten, die auf das Konzept der Gemeinsamen Sicherheit gesetzt hatten, das 1982 von einer Kommission der Vereinten Nationen erarbeitet worden war. Das Konzept verwarf die Idee, nach der ein Zustand der Sicherheit im Atomzeitalter gegeneinander erreicht werden könne. Daher propagierte das Konzept, die Beziehungen zwischen den Parteien

so zu entwickeln, dass beide Seiten voreinander sicher sein und einander Sicherheit geben können. Das Sicherheitsinteresse wird ein anderes, wenn es mit Abrüstung, Rüstungskontrolle, kooperativen Verhalten und einer Intensivierung der Beziehungen auf vielen Ebenen – also mit Friedensbeziehungen – verbunden wird. Es hat einige Jahre gedauert, bis das Konzept verstanden wurde, aber es hat funktioniert. Man könnte heute an diese Erfahrungen anknüpfen und es zu einem „Konzept des Gemeinsamen Friedens“ weiter entwickeln.

Friedenslogik widerspricht also der Annahme, die beste und effektivste Art und Weise, seine eigenen Interessen zu schützen, sei die, die eigenen Interessen über die Interessen und Bedürfnisse aller anderen zu stellen. Die Kunst besteht darin, die eigenen Sicherheitsinteressen in einen friedenslogischen Rahmen einzubetten und die eigenen Interessen mit denen aller anderen in Einklang zu bringen, sie also globalverträglich zu machen. Das heißt in etwa: Sicherheit durch Abrüstung und Kooperation, Wirtschaftsentwicklung durch Fairness statt durch Raubbau, Entwicklungsarbeit mit Geflüchteten und nicht gegen sie. Selbst die Interessen der Rüstungsindustrie, Gewinne zu erwirtschaften, können einbezogen werden. Die Industrie könnte aufgefordert werden, Vorschläge für eine Konversion ihres Geschäftsmodells vorzulegen. Statt die Welt mit Waffen zu versorgen, wäre vielleicht die Produktion ökologisch vertretbarer Verkehrskonzepte ein allgemein verträgliches Geschäftsmodell.

Worauf es ankommt: Interessen sind vielschichtig und nicht eindeutig fixiert. Sie enthalten immer Spielräume und können auch verändert werden und zwar in einer Weise, dass sie Grundbedürfnisse und legitime Interessen anderer Akteure achten.

➤ **Fehlerfreundlichkeit. Bei diesem Prinzip geht es um erfahrungsgestütztes Lernen aus Misserfolgen.**

Verhandlungen zwischen Staaten können sehr lange erfolglos bleiben. Man darf sie dann nicht aufgeben, sondern muss unter Beachtung der friedenslogischen Prinzipien herausfinden, woran es liegt, was der eigene Beitrag ist und Korrekturen einleiten. Es müssen Vorkehrungen getroffen werden, um Fehler zu erkennen, einzugestehen und Korrekturen einzuleiten. Es geht u.a. um Berichterstattung, Evaluation, Supervision oder Konsultation. Einer offenen Bilanzierung stehen oft die Erwartungshaltung der Umwelt und der Erfolgsdruck im Wege. Diese Schwierigkeiten entstehen aus Misstrauen in den friedenslogischen Prozess. Um aus Fehlern lernen zu können, ist eine hohe institutionalisierte Wertschätzung des Tuns unabhängig von nachweisbarem Erfolg und Misserfolg erforderlich. Nicht aus Misstrauen, sondern weil die Arbeit wertgeschätzt wird, gehört zu ihr die kritische Reflexion. Unsere politische Kultur lässt das momentan kaum zu – auch hieran gilt es zu arbeiten.

5. Ein Zwischenfazit zur zivilen Konfliktbearbeitung

Ich komme noch einmal zurück auf die Kontroverse, ob zivile Konfliktbearbeitung zu einer befreienden Alternative entwickelt werden kann, zu einer Politik, die meint, auf militärische Mittel nicht verzichten zu können. Diese Frage wird im sicherheitslogischen Denken anders beantwortet als im friedenslogischen Denken.

Auch das sicherheitslogische Denken kennt das Postulat „Vorrang für Ziviles“. Es ist gekoppelt an die Idee, Gewalt sei als letztes Mittel zur Durchsetzung eigener oder auch allgemeiner Interessen, Werte und Lebensformen tauglich, legitim und unverzichtbar.

„Vorrang für Zivil“ heißt dann: Die Reaktion auf Bedrohliches solle solange zivil bleiben, bis der Einsatz militärischer Mittel unausweichlich werde. Das ist im Grundverständnis der deutschen Sicherheitspolitik selbstverständlich. Außer Acht gerät jedoch, **wie** die Planungen für den möglichen Einsatz als „letztes Mittel“ die gesamte Agenda, die Problembestimmung, die Erwartungen an die Konfliktparteien, die Herausbildung globaler Normen und die Auseinandersetzung mit Fehlentscheidungen von vorneherein bestimmt. Denn der Einsatz des sogenannten „letzten Mittels“ muss vorbereitet werden, Waffensysteme müssen erforscht und getestet werden, die Soldaten müssen angeworben und ausgebildet werden, Liegenschaften müssen unterhalten werden und das Konzept muss propagandistisch wider alle Erfahrungen gerechtfertigt werden – dies alles, lange bevor es einen Anlass für den Einsatz gibt. Das sät Misstrauen zwischen allen Seiten und festigt immer aufs Neue Vertrauen in Gewalt. Die Vorbereitung verschlingt enorme Ressourcen. Möglichkeiten für Zivile Konfliktbearbeitung werden durch die Vorbereitung auf den Einsatz militärischer Mittel bereits am Anfang von Konfliktentwicklungen beschränkt. Folglich bleibt der Bereich der zivilen Konfliktbearbeitung eine Investition am Rande, unterausgestattet, zweitrangig, nicht wirklich ernst genommen und ein Begleitprogramm mit sehr begrenzter Wirkung – vielleicht sogar nur ein Feigenblatt. Unter solchen Bedingungen ist das Vertrauen in die Wirkungsmöglichkeiten ziviler Konfliktbearbeitung tatsächlich nicht wirklich gerechtfertigt.

In der friedenslogischen Lesart des Postulats „Vorrang für das Zivile“ ist das unbedingte Interesse an „Frieden“ bestimmend. Es verlangt, dass die zivilen Fähigkeiten, Konflikte zu bearbeiten, vorrangig so breit und umfassend gestärkt werden, damit gar nicht erst ein Druck entstehen kann, militärisch zu intervenieren. Zivile Konfliktbearbeitung gelingt nur mit einem großen Etat zur Planung, Durchführung und Reflexion und andauernder Kommunikation nach innen und nach außen. Die Entwicklung des Potentials erfordert eine langfristige, generationenübergreifende Perspektive. Es setzt sich aus vielen einzelnen Projekten zusammen, die miteinander verbunden sind, in ihrer Einzelwirkung eher bescheiden und kaum sichtbar sind. Das Potential zu entfalten heißt auch, sich auf den Pfad der Interessenentwicklung im eigenen Land zu begeben. Ich erinnere an die Ermahnung von Gustav Heinemann „Frieden ist der Ernstfall“. Wenn wir das annehmen und den Ausbau ziviler Konfliktbearbeitung vom Ernstfall Frieden her denken, wenn Frieden der Leitbegriff für zivile Konfliktbearbeitung wird, dann kann die Wertschätzung und Förderung von ziviler Konfliktbearbeitung in der Politik steigen, dann hat zivile Konfliktbearbeitung eine große Zukunft.

Die Plattform zivile Konfliktbearbeitung, das Netzwerk aus friedens-, entwicklungs- und menschenrechtspolitischen Fachorganisationen arbeitet daran. Sie betreibt ein Projekt „Friedenslogik weiterdenken“. Auf der Homepage finden sich viele Texte von KollegInnen und Kollegen. (www.konfliktbearbeitung.net/friedenslogik)

Friedenslogische Politik ist ein offener Prozess und auf die Mitwirkung vieler Menschen angewiesen. Auf viele Fragen kennen wir die Antworten noch nicht. Dazu gehört auch die Frage: Was kann in der Welt, in Deutschland, in der Gemeinde geschehen, damit sich eine Praxis entwickelt, die den fünf Prinzipien „Gewaltprävention“, „Konflikttransformation“, „Dialogverträglichkeit“, „globalverträgliche Interessenentwicklung“ und „fehlerfreundliches Lernen“ besser entspricht. Wie kann zivile Konfliktbearbeitung von einer Randerscheinung ins Zentrum gerückt werden und sein Potential besser entfalten? Wie kann altes Denken also durch neues friedenslogisches Denken überschrieben werden?

Ich möchte abschließend noch einmal auf die kopernikanische Wende zurückkommen und dazu aus einer Theaterszene aus dem Stück von Berthold Brecht über das Leben

von Galileo Galilei zitieren. Darin gibt es ein Gespräch zwischen Galilei und einem kleinen Mönch. Er ist als Sohn armer Bauern aufgewachsen und sieht sich in einer Doppelrolle, als Priester und als Astronom. Der kleine Mönch überlegt nun, was das neue kopernikanische Weltbild für seine einfachen Leute „mit den abgearbeiteten Händen“ bedeutet. Denn dieses neue Weltbild stellt die Ordnung in Frage, die ihnen hilft, ihr Leben zu ertragen. Es sei ihnen versichert worden, sagt der Mönch, „dass das ganze Weltenthafter um sie aufgebaut ist, damit sie sich in ihren großen oder kleinen Rollen bewähren können.“ Und er fragt: „Was würden meine Leute sagen, wenn sie von mir erführen, dass sie sich auf einem kleinen Sternklumpen befinden, der sich unaufhörlich drehend im leeren Raum um ein anderes Gestirn bewegt, einer unter sehr vielen, ein ziemlich unbedeutender!... Ich sehe, wie sie sich verraten und betrogen fühlen.“

Ich erwähne diese Szene, um daran zu erinnern, dass ein Umdenken nicht allein eine Frage der Erkenntnis ist, sondern dass es auch in den Gemeinden darauf ankommt, nachzuvollziehen, wo der Sinn für die Leute mit den abgearbeiteten Händen liegen könnte. Worauf könnten sie sich freuen? Wie können sie sich geborgen fühlen? Auf die Entwicklung ihrer eigenen Interessen und die Überwindung ihrer Ängste vor Konflikt und Verlust wird es mehr denn je ankommen, um die Potentiale von ziviler Konfliktbearbeitung zu entwickeln. Ihre Interessen müssen beachtet und eingearbeitet werden. Das geht nicht ohne ihre Mitwirkung, nicht ohne Dialog mit allen. Wir müssen noch besser verstehen, was es Menschen so schwer macht, sich auf friedenslogisches Denken einzulassen. So ende ich mit zwei Fragen an Sie: Was könnte unsere skeptischen nächsten Freundinnen, Freunde, Gemeindemitglieder ermutigen, friedenslogischer zu denken, zu reden und zu handeln? Welche Unterstützung brauchen sie – vielleicht über die Lektüre der biblischen Texte hinaus - um umzudenken und ein Umdenken politisch einzufordern?